

# Breslauer Zeitung

Die Expedition ist Herrenstrasse Nr. 20.

Nº 114.

Dinstag den 16. Mai

1848.

## Schlesische Chronik.

Heute wird Nr. 38 des Beiblattes der Breslauer Zeitung „Schlesische Chronik“ ausgegeben. Inhalt: 1) Landrathliches. 2) Correspondenz aus Schweidnitz, Liegnitz, Tarnowitz, Kreuzburg.

Auf die an mich ergangenen Anfragen bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß der Aufruf des demokratischen Vereins an die bewaffnete Einwohnerschaft Breslaus von der Polizei-Behörde dem zuständigen Gericht zur Beschlussnahme vorgelegt worden ist, ob Grund zur Einleitung der gerichtlichen Untersuchung gegen die Urheber und Verbreiter dieses Aufrufs vorhanden sei.  
Breslau, den 15. Mai 1848.  
Der Ober-Präsident der Provinz Schlesien  
Pinder.

## Preußen.

Berlin, 13. Mai. Der Staats-Anzeiger enthält folgendes Patent wegen Einberufung der Versammlung zur Vereinbarung der preußischen Staats-Verfassung. Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen &c. &c. haben beschlossen, die zur Vereinbarung der preußischen Staats-Verfassung bestimmte Versammlung, nachdem die Wahlen der Abgeordneten für dieselbe auf Grund des Wahlgesetzes vom 8. April d. J. vollzogen sind, am 22. Mai d. J. in Unserer Haupt- und Residenzstadt Berlin zu eröffnen. Wir berufen demnach die zur Vereinbarung d. r. preußischen Staats-Verfassung gewählten Vertreter Unseres getreuen Volkes auf den 22. Mai d. J. und beauftragen Unser Staats-Ministerium, hiernach die weiter erforderlichen Einleitungen zu treffen.

Gegeben Potsdam, den 13. Mai 1848.

(gez.) Friedrich Wilhelm.

Camphausen. Graf von Schwerin. von Auerswald.

Bornemann. von Arnim. Hansemann.

Graf von Kaniz. von Patow.

In Erläuterung des Wahl-Reglements wird in Ge- mäßheit des § 12 des Wahl-Gesetzes für die zur Vereinbarung der preußischen Staats-Verfassung zu berufende Versammlung vom 8. April d. J. und § 12 der Verordnung über die Wahl der preußischen Abgeordneten zur deutschen National-Versammlung vom 11. April d. J. zur Befestigung von Zweifeln darüber, wie es in Fällen von Doppel-Wahlen zu halten sei, Folgendes bestimmt:

Von Abgeordneten, welche in mehreren Bezirken für die National-Versammlung in Berlin oder in Frankfurt gewählt worden sind, hat der Wahl-Kommissarius sofort die Erklärung zu erfordern, für welchen Wahl-Bezirk sie die Wahl annehmen wollen. In den Wahl-Bezirken, für welche die Wahl abgelehnt wird, ist von den betreffenden Wahl-Kommissarien sogleich eine neue Wahl anzurufen.

Berlin, den 12. Mai 1848.

Das Staats-Ministerium.

(gez.) Camphausen. Graf v. Schwerin. v. Auerswald. Bornemann. von Arnim. Hansemann.

Graf v. Kaniz. v. Patow.

Die vom Staats-Ministerium Sr. Majestät dem Könige vorgeschlagene Zurückberufung Sr. königl. Hoheit des Prinzen von Preußen hat bei einem Theil der Bevölkerung der Hauptstadt Widerspruch gefunden. Unser von des Königs Majestät genehmigter Vorschlag beruht auf der Überzeugung von der Notwendigkeit, daß der Nächste am Throne nicht außerhalb der Grenzen des Vaterlandes weisen darf zu der Zeit, wo das neue Verfassungswerk zwischen dem Könige und seinem Volke vereinbart werden soll. Wir erblicken hierin eine Bürgschaft für die Zukunft des Vaterlandes, für die Einigkeit zwischen Thron und Volk, für die Kraft des Staates, doppelt wichtig in einem Augenblicke, wo

Preussen mit den Waffen an den deutschen Grenzen, mit dem Worte in zwei großen Versammlungen seinen alten Ruhm der Tapferkeit und Intelligenz zu bewahren berufen ist. Wir zweifeln auch nicht, daß die Verhandlungen in der Versammlung, die wir allein als die wahre Vertretung des gesamten preußischen Volkes anzuerkennen vermögen, Gelegenheit darbieten werden, den Zweck des Aufenthaltes des Prinzen von Preussen in dem freien England und des Seine Heimkehr verzögern Rückschlüsse über das durch seine Institutionen sich bewährende Belgien in das wahre Licht zu stellen. Das ganze Land wird dann die Ueberzeugung gewinnen, daß der Prinz mit freudiger Zuversicht die von der Regierung Sr. Maj. des Königs betretene neue Bahn zu verfolgen fest entschlossen ist, und daß die Regierung von Ihm eine kräftige Unterstützung bei Ausführung der Vorschläge zu erwarten hat, welche sie im Interesse der Befestigung der Freiheit an die zu berufende Versammlung zu bringen beabsichtigt. Dazwischen werden dann alle Besorgnisse vor reactionären Tendenzen schwanden, und es wird das leider noch immer gestörte Vertrauen zu Gesetz und Ordnung, zum Heile aller Klassen des Volkes, zurückkehren!

Berlins Bewohner werden mit uns die Ueberzeugung thilen, daß dieses Ziel nicht erreicht werden kann, wenn, wie es am gestrigen Tage geschehen ist, auch ferner Versuche gemacht werden sollten, durch Deputationen in Begleitung großer Massen auf die Entschließung der Regierung einzuwirken. Jede geordnete Regierungsgewalt und mit ihr die Herrschaft der Gesetze, worauf allein die wahre Freiheit beruht, ist gefährdet, wenn durch solche Demonstrationen die Abänderung von Regierungs-Beschlüssen gefordert wird. So sehr es den Wünschen der Regierung entspricht, daß die öffentliche Stimmung sowohl aus der Hauptstadt, als aus allen Theilen des Landes sich kundgibt, so darf sie doch verlangen, daß dies nur auf geordnetem Wege geschehe. Die schlesische Entscheidung über ihre Maßregeln wird sie von der Volksvertretung erwarten. In dieser ihrer Ansicht nach allein würdigen Stellung baut die Regierung auf die gute, oft bewährte Gesinnung und auf die Anerkennung der Bewohner Berlins.

Berlin, den 13. Mai 1848.

Das Staats-Ministerium.

Camphausen. Gr. von Schwerin. von Auerswald. Bornemann. v. Arnim. Hansemann. Gr. v. Kaniz.

v. Patow.

Angekommen: Se. Durchlaucht der Herzog von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg und höchst dessen Sohn, der Prinz Friedrich, von Hamburg. — Abgereist: Se. Durchlaucht der Fürst zu Sayn-Wittgenstein-Berleburg, nach Deutz. — Der General-Major und militärische Bevollmächtigte bei der deutschen Bundes-Versammlung, von Peucker, nach Frankfurt a. M.

Berlin, 14. Mai. Se. Majestät der König haben allernächst geruht, dem Ober-Lehrer Beyer an der höheren Bürgerschule zu Landeshut und dem Schul-Lehrer und Küster Kistennacher zu Brunn, Regierung-Bezirk Potsdam, das allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; und den Ober-Landesgerichts-Assessor, Rittergutsbesitzer Himmel auf Krzanowitz, zum Landrat des Kreises Kosel, im Regierungs-Bezirk Oppeln, zu ernennen.

Abgereist: Se. Durchlaucht der Fürst August v. Sulkowski, nach Reisen. (Militair-Wochenblatt.) Goehlich, Sec. Lt. vom 10ten Inf. Regt., auf 1 Jahr zur Dienstleistung beim Kad. Korps kommandiert. v. Hobe, Oberst

und Komdr. der 5. Ldw. Brig., gestattet, die Uniform des 10. Inf. Regts. beizubehalten, und soll derselbe bei diesem Regt. als agr. geführt werden. v. Kap-hengst, Oberst und Komdr. des Garde-Hus. Regts., zum Komdr. der 15. Kav. Brig. Gr. Doenhoff, Major vom Regt. Garde du Corps, zum interim. Komdr. des Garde-Hus. Regts. Messerschmidt v. Arnim, Major vom Regt. Garde du Corps, zum etatm. Stabsoffizier. v. Kameke, Sec. Lt. von der 2., zur 1. Ingen. Insp. versetzt u. zum dienstl. 2ten Adjut. der letzten ernannt. v. Münchow, Oberst und Komdr. der 7. Inf. Brig., gestattet, die Uniform des 27. Inf. Regts. beizubehalten, und soll derselbe bei d. Regt. als agr. geführt werden. Wolff, Oberst und Komdr. der 15. Kav. Brig., als Gen. Maj. mit Pension zur Disp. gestellt.

Der Zeitungshalle entnehmen wir folgenden Bericht über die durch die Rückberufung des Prinzen von Preussen in Berlin veranlaßten Vorgänge: Berlin, 13. Mai. Die Aufregung, welche der unberechtigte Schritt der Minister hervorbrachte, ergriff und durchdrang gestern gleichmäßig alle Klassen der Bevölkerung. Vom frühen Morgen an waren die Straßen von Gruppen belebt und besonders die Ecken, an denen man Maueranschläge bemerkte, umdrängt. — Die Bürgerparade, welche heut vor dem Könige stattfinden sollte, ist gestern morgen abgesagt worden, unter Anführung des Grundes, daß die Nachwahlen für Frankfurt und Berlin Sr. Majestät als ein Hindernis der Abhaltung dieser Parade erschienen. — In der Stadt wurde allgemein angenommen, daß die Abbestellung der Parade mit dem Eindrucke, den die Zurückberufung des Prinzen von Preussen gemacht, zusammenhing. — Die Studenten hielten in der Aula eine außerordentlich zahlreich besuchte Versammlung, in welcher lebhafte, feurige Reden gehalten wurden, in denen sämmtlich der Schritt der Minister verdammt und die Notwendigkeit einer Demonstration wider denselben ausgesprochen wurde; ob der Prinz an dem Berliner Blutbad Schuld gehabt oder nicht, darum handle es sich jetzt nicht — möge darüber die bevorstehende Versammlung der Landesvertreter sich und das Volk aufzuklären suchen, jetzt komme es nur darauf an, der noch unveränderten Stimmung der Hauptstadt Rechnung zu tragen, und geschähe das nicht, so könne Niemand mehr dafür bürgen, daß es nicht zu einer wesentlichen Störung der bis jetzt aufrecht erhaltenen Ordnung und zu einem Bürgerkriege kommen würde. Es wurde beschlossen, eine Deputation von fünf Studirenden an den Ministerpräsidenten Herrn Camphausen abzurufen, welche denselben Namens der Studentenschaft und im allgemeinen Interesse um Zurücknahme der angekündigten Maßregel ersuchen und erklären sollte, daß, wenn bei derselben beharrt und dadurch Zumut hervorgerufen würde, das bewaffnete Corps der Studirenden zur Verhinderung derselben nichts thun könnte. Auch bei den Ministern v. Auerswald und v. Schwerin fanden sich Deputationen von Bürgern ein, um Massen ihrer Compagnien gegen die Zurückberufung des Prinzen zu protestiren. — Um Abend fand eine Volksversammlung vor den Zelten statt. Die Menschenmasse, welche sich einsand, war ungewöhnlich groß, sie wurde von Einigen auf 10—12,000 Köpfe, von Anderen noch höher geschätzt. Jung eröffnete als Präsident die Versammlung mit einer glänzenden Rede, in welcher er an einer Reihe von Thatsachen zeigte, daß das Ministerium bisher nur Mangel an Verständnis der Zeit und Schwäche bewiesen habe, daß es zu jeder

seiner Handlungen sich wie mit Gewalt habe drängen lassen, anstatt den Bedürfnissen entgegenzugehen, und daß es mehrere andere zurückzunehmen sich habe zwingen lassen. Kraft entwickle es nur da, wo sich Beschränkungen der vom Volk errungenen Freiheiten ausführbar zeigten, in der Wiedereinführung von Pressprozeß, politischen Verhaftungen und dergl., in allen großen Fragen des Fortschritts und der Politik beweise es eine vollständige Ohnmacht. Seine lezte Maßregel in Betreff des Prinzen von Preußen sehe dem allen die Krone auf und bringe die Unfähigkeit des Ministeriums vollends an den Tag; dieser Maßregel müsse von Seiten des Volkes allerdings entgegengewirkt werden. — Schäfer las eine Adresse an die Minister vor, welche er aufgesetzt hatte, und diese Adresse wurde, da die Versammlung sehr erregt war und zur Beendigung der Verhandlungen, um zum Handeln gelangen zu können, drängte, durch Zuruf angenommen; Schäfer schlug vor, daß er sie aus dem Manuscript dem Herrn Minister-Präsidenten vorlesen und eine Abschrift nachträglich am andern Morgen besorgen wolle. Die Versammlung gab ihre Zustimmung. — Der Präsident Jung schlug darauf vor, eine Deputation zu ernennen, die sich zu dem Herrn Minister-Präsidenten begabben sollte, um nachdrückliche Vorstellung über die Stimmung der Bevölkerung zu machen und auf Zurücknahme der dem Volke unerträglichen Maßregel zu dringen. Die Versammlung bestand darauf, selber in Masse hinzugehen. Der Vorschlag von G. Julius, daß dann die Versammlung sich der Deputation, die sie ernennen würde, in geordneten Zügen anschließen möchte, wurde angenommen. Die Deputation wurde durch Zuruf ernannt und bestand aus den Herren Jung, Schäfer, Schramm, Wiß, Saß, Held, Julius, Siegerist und einigen Anderen. — Die Deputation brach unverzüglich auf, und die ganze Masse der Versammelten, unter denen sich fast alle Studirenden der hiesigen Universität befanden, folgte ihr, zu Sechs und Sechs, die angefaßt gingen, geordnet. Diese improvisirte Demonstration war sicher die großartigste, welche Berlin noch gesehen hat. Wir bemerkten, daß Leute aus allen Ständen sich dem Zug, der aus vielen Tausenden von Personen bestand, angeschlossen hatten. — Der Zug begab sich in die Wilhelmsstraße und vor das Hotel des Herrn Minister-Präsidenten. Die Volksmenge füllte dicht gedrängt aber in großer Ruhe und Ordnung die Straße, während die Deputation sich auf die Rampe hinauf begab, auf welcher sich zwei Reihen Bürgerwehrmänner zu Bedeckung des Eingangs aufgestellt fanden. Die Deputation wurde sofort in das Haus gelassen. Sie traf auf dem Flure mit noch zwei anderen Deputationen zusammen. In den Zimmern des Herrn Minister-Präsidenten traf die Deputation zuerst mit dem zufällig anwesenden Herrn Minister v. Schwerin zusammen, welcher das Verfahren des Ministeriums gegen die Deputation, jedoch nur mit den in dem Schreiben der Minister an Se. Majestät den König bereits ausgesprochenen Gründen, zu rechtfertigen suchte und hinzufügte, daß die Minister, nicht unbekannt mit der Stimmung, welche in Berlin gegen den Prinzen von Preußen, obwohl ohne Grund, — in Berlin, und nicht im ganzen Lande — herrscht, ih en Schritt wohl erwogen hätten, ihn vor dem Landtage verantworten und die Folgen ihrer Handlung tragen würden. Als Herr Camphausen gleich darauf hinzukam, setzte der Sprecher der Deputation, Herr Assessor Jung, aus einander, daß hier keine künstlich geschaffene Demonstration stattfinde, daß vielmehr die gegenwärtigen Führer der erschienenen Volksmenge dem mächtigen Strome nur nachgegeben hätten und seinen Lauf zu regeln bestlossen wären; diesem Strome lasse sich nicht entgegen schwimmen und die Minister müßten deshalb aufgefordert werden, den gethanen Schritt zurückzurufen. — Hr. Held behauptete, daß sich bei der Stimmung des Volkes Unheil nicht verhüten lassen werde, wenn der Minister-Präsident nicht sogleich die bestimmte Erklärung gäbe, daß die Maßregel zurückgenommen werden solle. Hr. Camphausen entgegnete mit Recht, daß einseitig von ihm und seinem anwesenden Kollegen ein Schluss besagten Ministrathers nicht umgestossen werden könnte, und versprach, die Angelegenheit am nächsten Morgen zu ernster Berathung in der Minister-Versammlung zu bringen, nachdem er sich nun von der Stimmung der Hauptstadt überzeugt hätte. Da Hr. v. Schwerin seine Missbilligung gegen die Demonstration mit Volksmassen und gegen das Erzwingen eines Beschlusses der Minister durch Massengewalt in einiger Ausregung aussprach, und dabei die Gesetzlichkeit wiederholte und scharf betonte, so machte Hr. Schramm darauf aufmerksam, daß der gesetzliche Boden, auf welchem die Minister sich mit dem deutschen Volke auseinandersetzen könnten, noch gar nicht geschaffen sei; er müßte daran erinnern, daß der Zustand nur ein provisorischer sei und daß der Ministrather eine provisorische Regierung bilde; in einem solchen Falle seien außerordentliche Mittel der Verhandlung zwischen Volk und Regierung unvermeidlich. Herr von Schwerin kam indessen wiederholte darauf zurück, daß den Ministern Gewalt ent-

gegengesetzt werde; sie, die Minister, seien nur einzelne schwache Persönlichkeiten und diesen gegenüber hätte die Deputation allerdings augenblicklich Macht, wenn Tausende auf der Straße hinter ihr ständen. — Diese Tausende, entgegnete Herr Jung, sind friedlich erschienen, nur um zu zeigen, wie sehr verbreitet, wie allgemein die der ministeriellen Maßregel entgegenstehende Stimmung im Volke sei, nicht um von ihrer physischen Kraft Gebrauch zu machen. — Da trat Herr Assessor Wache vor, der einer anderen ebenfalls anwesenden Deputation angehörte, und sprach: Wenn der Hr. Minister v. Schwerin doch immer wieder die Macht und Ohnmacht pointire, so müsse er den Herrn Ministern sagen, daß sie in dieser Sache wirklich machtlos seien, nicht deshalb, weil sie nur Zweje den unten erschienenen Zehntausend gegenüber wären, sondern weil diesmal Alles ihnen gegenüberstände, Arbeiter, Studenten, Bürger und Bürgerwehr: „Sie, meine Herren Minister, stehen in dieser Sache gänzlich allein, das ist Ihre Ohnmacht!“ — Vermittelnd wandte Herr Camphausen ein, daß man ihm hier die Stimmung der Hauptstadt zeige, aber man möge wohl bedenken, die Hauptstadt sei nicht das ganze Land, die Minister hätten auf das Ganze Rücksicht zu nehmen. — Die Minister, bemerkte G. Julius, haben aber allerdings noch die Hauptstadt allein sich gegenüber, die Vertretung des Landes sei noch nicht zusammen und habe noch nicht sprechen können; es sei zu glauben, daß Berlin die Gesamtheit des Landes, wenn diese erst gesprochen hätte, sich mit seiner Stimmung unterordnen würde, aber gegenwärtig hätten nur erst die Minister ihre Ansicht geäußert und dabei der Stimmung der Hauptstadt keine Rechnung getragen, welche Stimmung doch für den Augenblick noch das entscheidende Moment sei. — Diese Bemerkung wurde durch die laut und heftig geäußerte Frage eines uns unbekannten Anwesenden: wer denn das Volk sei, das hier Forderungen mache? unterbrochen; dieses Volk äußere nur, was ihm die Herren Jung und Schäfer in den Sinn und in den Mund hätten legen wollen. „Das ist eine Lüge“, riefen Hr. Schramm und mehrere von der Deputation, und Assessor Jung erklärte nochmals den Zusammenhang der Demonstration. Hr. Schäfer gab kurz den Inhalt seiner Adresse an, und Hr. Wiß bemerkte gegen Hrn. Minister v. Schwerin, daß, wenn die Minister ernstlich glaubten, daß ein Konflikt zwischen Berlin und den Provinzen in einer so wichtigen Frage bestände, sie um so weniger es hätten wagen dürfen, diesen Bannkapsel vorzeitig in das Volk zu werfen, ehe man in der National-Versammlung die Möglichkeit einer friedlichen Ausgleichung geschaffen hätte, denn das hieße ja den Bürgerkrieg anfangen. — Der Hr. Minister zuckte die Achseln und bemerkte, sie, die Minister, könnten nur nach ihrer Überzeugung handeln, was auch daraus entsteh. Die Minister, bemerkte Hr. Schramm, sind nothwendig dem Volk dafür verantwortlich, daß kein Bürgerkrieg entstehe, am wenigsten durch Maßregeln, die von ihnen selber ausgehen.

Nachdem Herr Camphausen nochmals versichert hatte, die Angelegenheit im Ministrather zu einer abermaligen Verhandlung bringen zu wollen, schied die Deputation mit der Erklärung, diesen Bescheid dem versammelten Volke mitzutheilen.

Unten gelang es den Herren Jung, Eichler und Dr. Löwissohn durch Ansprachen die Menge, die Anfangs auf einen bestimmteren Bescheid Seitens des Ministeriums bestand, nach und nach zu veranlassen, daß sie die Straße räume und sich nach den Zelten zurückbegab. Dort kam noch die Schloßelsche Angelegenheit zur Besprechung, in welcher aber ein Beschluß für diesmal nicht gefaßt wurde. Dagegen nahm man sich vor, nach dem Palais des Prinzen von Preußen zu ziehen und zu veranlassen, daß wieder das Wort „Nationaleigenthum“ angeschrieben werde. Vor dem Palais des Prinzen gab es eine tumultuarische Scene, selbst ein paar Steinwürfe gegen die dort aufgestellten Bürgerwehrmänner. Hr. Held, der sich einfand, riet dem Volke, keine zweite Komödie, wie sie mit diesem Gebäude schon einmal gespielt worden, zu verlangen, Nationaleigenthum sei es und bleibe es, das Anschreiben sei bloße Komödie, man möge heut nach Hause gehen, man brauche Ruhe, da der andere Tag wieder Kraft und Rüstigkeit erfordere. Auch Hr. General v. Aeschoff hatte sich eingefunden und sprach zu dem Volke. Er fragte, ob man denn Bürgerblut vergießen wolle? Nein! war die allgemeine Antwort. Die Menge zerstreute sich allmälig, und als sich endlich auch Hr. v. Minutoli einfand, war Alles schon wieder ziemlich still.

(Adresse des Bürgerwehr-Klubbs.) Diejenige Deputation, mit welcher Herr Assessor Wache sich bei dem Herrn Minister-Präsidenten eingefunden hatte, war von dem Bürgerwehr-Klubb abgesandt, ebenfalls zu dem Zweck, um vorzustellen, daß die Rückberufung des Prinzen von Preußen, bevor die Kammer dieselbe ausgesprochen, gegen die bisher kund gewordene Stimmung des Volkes, namentlich auch der Bürgerwehr sei, und daß

die Wirkung einer schon jetzt stattfindenden Rückkehr des Prinzen um so bedenklicher sein würde, als die Bürgerwehr bei den dann zu befürchtenden Unruhen in eine unhaltbare Stellung gebracht würde. — Nachdem die Deputation mit dem Herrn Camphausen ertheilten Bescheide zu dem Bürgerwehr-Klubb zurückgekehrt war, beschloß die Versammlung sofort folgende Adresse zu unterzeichnen und, nachdem dieselbe gedruckt in allen Bezirken bis heut Nachmittag 3 Uhr circulirt haben und mit weiteren Unterschriften versehen sein würde, abzufinden: „Die unterzeichneten Bürgerwehrmänner fühlen die Pflicht, einem hohen Staatsministerium die Ueberzeugung auszusprechen, daß die Zurückberufung des Prinzen von Preußen, bevor die Versammlung der preuß. Volksvertreter dieselbe beschlossen, ein Schritt ist, welcher die traurigsten Folgen nach sich ziehen könnte, und daß in diesem Falle die Unterstützung der Bürgerwehr gegen die zu befürchtenden Unruhen mehr als zweifelhaft sein würde, da die Bürgerwehr eben so zum Schutz der Volksrechte, als zur Aufrechterhaltung der Ordnung sich berufen fühlt. — Wir bitten deshalb ein hohes Staatsministerium auf das Dringendste, den gethanen Schritt in der passendsten Weise schnell rückgängig zu machen, und sind überzeugt, daß bei Weitem der größere Theil der Bürgerwehr unsere Ansicht teilt, wenn auch in der kurzen Zeit vorläufig nur eine geringe Anzahl von Unterschriften unter diese Eingabe gesetzt werden kann.“

(Protest der Berliner Studentenschaft.) Die Studentenschaft hat am Freitag Nachmittag eine Deputation zum Minister-Präsidenten Camphausen gesandt, um ihm durch dieselbe zu erklären: „daß sie gegen die Rückberufung des Prinzen v. Preußen für jetzt Protest einlegen müsse, und zwar aus folgenden beiden Hauptgründen. 1) Weil sie einzige und allein der bevorstehenden preußischen Nationalversammlung das Recht zugestehen könne, über die künftige Stellung des Prinzen von Preußen zum Staate zu entscheiden. 2) Weil sie die gegründete Befürchtung hege, daß die Ruhe und Ordnung der Stadt durch die jetzige Rückkehr des Prinzen von Preußen gestört und hierdurch unsere junge Freiheit auf das Ernsteste gefährdet werden könnte.“ Der Minister-Präsident behielt sich vor, auch die Meinung der übrigen Theile der Bevölkerung Preußens in dieser Angelegenheit zu hören. — Berlin, den 13. März 1848.

(Protest gegen die Zurückberufung des Prinzen von Preußen.) Wir ersehen aus dem preußischen Staats-Anzeiger vom gestrigen Abend, daß der Prinz von Preußen auf den Antrag des Ministeriums vom König zurückberufen ist. Wir klagen das verantwortliche Ministerium an, daß es durch einen solchen Schritt eine unverantwortliche Schuld auf sich geladen hat. Es kann dem Ministerium der tiefe Hass gegen den Prinzen von Preußen nicht unbekannt sein, welcher durch die Revolution des 18. März im Herzen des Volkes erzeugt worden ist. Im Portale des Schlosses, im Angesicht der blutigen Bürgerleichen hat die Stimme des Volkes laut gesprochen. Der Anteil der Schuld an jenen verhängnißvollen Ereignissen, welcher dem Prinzen von Preußen zur Last fällt, ist allgemein bekannt. Sollten diese Thatsachen milde dargestellt werden, so hat die eilige Flucht des Prinzen sein Schuldbewußtsein zur Genüge bewiesen. Wenn die Aufrechterhaltung der ganzen alten Bürokratie, die Fortsetzung der geheimnißvollen Kabinettspolitik, deren Beschlüsse dem Volke erst in auswärtigen Zeitungen berichtet werden, wenn die zweideutigen Ordres, welche den zum Observationscorps in Bamberg bestimmten Truppen zugekommen, den Verdacht rege gemacht haben, daß gegenwärtig eine doppelte Politik spiele, eine geheime Hauspolitik und eine verantwortliche Ministerialpolitik, so handelt mit der Zurückberufung des Prinzen von Preußen ein als liberal bezeichnetes Ministerium im Sinne der schamlosesten Reaktion, welche die innersten Gefühle des Volkes, das durch blutige Opfer seine Rechte erkauft hat, mit Verachtung ignorirt. Glaubt aber das verantwortliche Ministerium deshalb, weil noch kein Staats-Grundgesetz besteht, auf das es verantwortlich gemacht werden konnte, mit dynastischer Willkür verfahren zu können, so halten wir es für unsere Pflicht, dasselbe zu warnen und daran zu erinnern, daß im Rechtsgefühl des Volkes ein Gesetz ruht, dem es verantwortlich ist, daß da, wo kein Richter, mit Brief und Siegeln eingesezt, für dasselbe besteht, die Weltgeschichte das Weltgericht ist, daß ein Volk, das ruhig und besonnen, aber wachsam und misstrauisch von seinen Vertretern den Schutz seiner Rechte erwartet, leicht bewogen werden kann, wenn man es vor dieser Zeit mit Füßen tritt, Mann für Mann sich selbst zu vertreten. — Wir klagen das Ministerium an, daß es nach dem 18. März die Schuld des Prinzen von Preußen nicht offiziell konstatiert hat; wir klagen das Ministerium an, daß es ein Recht, das nur der Konstituierenden Versammlung zukommt, willkürlich an sich gerissen hat; wir klagen das Ministerium an, daß es durch diese Verlegung des Volksgefühls den Bürgerkrieg provocirt. — Es ist dies ein Frevel an der öffentlichen Meinung, ein Frevel an der unverhängnißvollen Stimmung des Volkes, welcher ein Ministerium,













## Zweite Beilage zu № 114 der Breslauer Zeitung.

Dienstag den 16. Mai 1848.

des Volks und des Ministerii nicht geben will. So nach ist also General Durando mit der Avantgarde der päpstlichen Einheiten nicht mit dem Willen, und ohne Geheis Sr. Heiligkeit, in die Lombardie eingezückt. Schwerlich aber ist zu glauben, daß dies auch ohne Wissen und Willen des Kriegsministers Principe Aldobrandini geschehen sei. Das Volk ist empört darüber, daß die von den päpstlichen Freischaren in österreichische Gefangenschaft gerathenen Individuen keinen Pardon bekommen, sondern ohne Weiteres erschossen werden. Dem sollte nun Pius IX. durch eine Kriegserklärung abteilen. Noch gestern Abend erschien indessen ein Motu proprio in sehr entschiedenen Ausdrücken, welches dem Volke auf's neue versichert, der Papst werde einen Krieg nicht erklären. Das Ende dieses merkwürdigen Aktenstücks droht den Römern mit der allein noch übrigen geistlichen Waffe — der Excommunication und dem Interdict, wenn sie nicht schnell von der Verfolgung und Beschimpfung des Clerus und namentlich des obersten geistlichen Würdenträger ablassen. Denn das Volk kennt seit gestern nach dieser Seite hin keine Schranken m.hr. Alle Thore sind gesperrt, um weder den Papst noch die Kardinäle hinaus zu lassen. Als der Bruder des Kardinals della Genga (ein Laie) gestern Nachmittag in einem der Wagen Sr. Eminenz eine Reise antreten wollte, wurden ihm die Pferde vom Volke wieder ausgespannt, da man den Reisenden für einen verkleideten Kardinal hielt. Der dann auf dem Balkon seines Palastes herausgerufene Kardinal della Genga mußte wegen seiner vermeintlichen Flucht die empfindlichsten Schimpfreden des Volks hinnehmen. Der päpstliche Palast des Quirinals ist in allen seinen Theilen und Eingängen dem Publikum verschlossen. Jede nächste Stunde kann Rom in den Schauplatz eines blutigen Parteienkampfs verwandeln. Die Exaltirten schreien: Tod den Kardinälen! Ja der vor wenigen Tagen angebetete Pius IX. ward heute auf den Straßen vom Volke laut der Unterwelt gewehet. Nun aber gibt es doch auch andererseits gar viele, welche mit diesem und jenem halten und bereit sind, für sie das Leben zu lassen. Der Papst weiß das und bedauert tief in dem oben genannten Motu proprio, daß es den Anschein habe, als sollten die Straßen des Centrums der katholischen Welt mit Bürgerblut gefärbt werden. Seit gestern Mittag wurde die Civica wohl sechsmal durch Generalmarsch zusammengetrommelt. Sie dominiert alle Posten, hat sich sogar der Engelsburg bemächtigt. Auf den Straßen drängt eine Menschenwoge die andere: Volksredner treten auf und harangiren; alle öffentlichen Redner schreien: „Pius IX. hat uns im wichtigsten Augenblick verlassen!“ Der noch anwesende österreichische Botschafter, Graf Lützow, wollte gestern seine Pässe fordern und abreisen; allein der Papst drang in ihn, zu bleiben. Dass der Papst, wenn die jetzige Fermentation der Gemüther noch einige Tage andauert, abtreten muss oder vielmehr aus freien Stücken abtreten wird, daran ist kaum noch zu zweifeln. Der gestrigen bei ihm erschienenen Deputation der abdankenden Minister erklärte er in dieser Hinsicht, er sei auf Alles vorbereitet. Ein sehr unterrichteter Römer versicherte mir diesen Morgen, eine provisorische Regierung könne in Rom nach wenigen Tagen nicht fehlen, wenn nicht eine fremde Macht militärisch intervenire. In dem Falle einer provisorischen Regierung denkt Pius IX. daran, sich nach seiner Abtei Subiaco zurückzuziehen. Unser Zustand ist in diesem Augenblick ein welthistorischer. Fragt doch sogar der reichste Mann des Kirchenstaats, Principe Borghese, in einem heutigen, von ihm unzeichneten Zeitungsartikel, bei dem römischen Volke an, ob es ihn nicht zum Verfechter seiner Interessen als Deputirten Roms in der Staatsconsulta wählen wollt. — Der Finanzminister Graf Simonetti machte diesen Morgen bekannt, daß anstatt der früher angegebenen Summe von etwas mehr als einer halben Million Scudi nun dritthalb Millionen Scudi in Staats-schuld-scheinen mit nächstem emittirt werden sollen, und daß dieses Kapital in seiner einstigen Amortisation durch hypothekarische Klostergüter garantirt ist. — Alle in den päpstlichen Staaten noch verbliebenen kriegsfähigen Unterthanen des Königs von Sardinien wurden heute durch den hiesigen Generalkonsul Basso zu schleuniger Rückkehr in's Vaterland mittilst Proclamas aufgefordert.

† Rom, 4. Mai. Abends. Gestern Abend war der Graf Mamiani mit den neuen Ministern im Palast Doria vereint zur Berathung. Dem harrenden Volke wurden die Namen der neu Erwählten vom Fenster aus mitgetheilt; es vernahm sie mit Beifallsklatschen. Nur den so beliebten Galetti vermiste man schmerlich unter den Ernannten. Eine Schaar zog vor sein Haus, brachte ihm ein Hoch und Klatsche, bis er ans Fenster kam. Er dankte, sagte, daß er sich zu sei-

nen Kindern zurücksehe, und nach Hause reisen, bald aber Rom wiedersehen werde. Die Epoca, die Pallade und andere Zeitschriften sprachen heut ihr Bedauern aus, daß er sich zurückziehe, da doch die neuen Minister ganz seine Gesinnung theilten. Wirklich wurde er auch zum Bleiben veranlaßt, und da das Innere vergeben war, so bekommt er wieder die Polizei, deren Ministerium gerade durch ihn aufgehoben war, doch muß man das neue Ministerium ein Ministerium des Krieges nennen, da gerade Mamiani es gebildet hat, der im neu gewählten Kriegs-Comitee war, und der auf Befragen, ob er kein Programm veröffentlichen werte, sich zu dem bekannte, welches mit durch ihn vorgeschlagen als Basis für die Deputirten-Wahl gilt. Die Hauptpunkte desselben sind demnach: Abahnung zur Einführung einer Vermögenssteuer statt der indirekten, Hebung von Handel und Gewerben, Emancipation der Juden, dann § 9: „vor allem ist dafür zu sorgen, daß der heilige Krieg mit jeder Art von Mitteln wirksam unterstützt werde; sich nicht mit der Wirkung der ersten Hölle zu begnügen, sondern sie zu wiederholen und zu vermehren in einem fort mit unermüdlichem Eifer.“ Man muß ferner dafür sorgen, daß in diesem Kriege die Einheit des Ober-Befehls und des Handelns aufrecht erhalten werde, ohne welchen jedes Zusammenwirken eitel wird und kein wahres volkhümliches Heer bestehen kann. Eben so muß man wollen, daß dem nationalen Heere zur Seite plötzlich eine ebenfalls nationale Seemacht stehe, mit ebensfalls solcher Einheit in Führung und Handlung. — Zweitens muß man mit all'm Eifer die unverzügliche Beauftragung einer italienischen Bundesversammlung hervorufen, zusammengesetzt aus volksmäßig (popolarmente) gewählten Vertretern und bekleidet mit weitester Vollmacht, zu berathen und zu beschließen in Bezug auf die gemeinsamen Interessen des Volkes. Im Allgemeinen ferner muß man bemerken, daß die Beziehungen von Brüderlichkeit und Einheit zwischen den verschiedenen italienischen Staaten sich von Tag zu Tage vermehren der Art, daß sie alle ständig mehr die eigene Autonomie in die gemeinsame aufgehen lassen....

§ 10. Schließlich in Betreff unserer Politik in Beziehung auf andere Staaten wird gewünscht, daß jede besondere Regierung sowohl, als auch der italienische Bund möge 1) zusammenwirken zur Recognition und Reconstruction der zusammen gekoppelten und auseinander gerissenen Nationalitäten; 2) sich mit aufseichtiger Freundschaft mit den freien Völkern verbinden und mit den absoluten Regierungen nur die Verbindungen beibehalten, welche den allgemeinen Frieden und die Handels-Interessen erheischen; 3) sich selbst vertrauen, und nicht der Hülfse und den Versprechungen irgend eines Fremden; sie mögen einen neuen Vertrag hervorufen und einen neuen feierlichen Traktat unter den Völkern, entsprechend den wahren Interessen eines jeden von ihnen und den natürlichen und ewigen Grundsätzen des internationalen Rechts; 5) sie mögen mit Österreich niemals unterhandeln und nicht den Frieden schließen, bis nicht die Alpen von jeder Seite die Grenzen Italiens bezeichnen vom Var bis zum Brenner und von dem zum Guarnero. — Also ein sehr kühnes Programm. Dann ist auch der Minister des geistlichen, Cardinal Sciacchi, jener Kampfgerüstete Legat von Ferrara. Und auf diesen kriegerischen Geist kommt es den Römern gerade an. — An den Papst selbst ist heut Vormittag eine Adresse vom Senator ergangen, welche ihren Zweck in folgenden Worten zusammenfaßt: „Verkünden Sie die Gerechtigkeit und das Recht des gesammten Italiens, die Unabhängigkeit und Nationalität zu eringen. Ohne die militärischen Operationen zu hemmen, werden Sie durch Ihren Rath zum Frieden den Abschluß der Frage herbeiführen, auf der Basis der gänzlichen Entfernung der Österreichische und der gänzlichen Unabhängigkeit Italiens.“

\* Eine Depesche ist aus Rom vom 4. an die provis. Regierung in Paris gelangt, die ihr anzeigen, daß Graf Marmiani vom Papste mit Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt worden sei. Derselbe hat ihm bereits eine, dem österreichischen Regentenhaus durchaus feindliche Liste vorgelegt. Man kann also jeden Augenblick der Kriegserklärung gegen Österreich entgegensehen. Rom ist übrigens ruhig: Galetti mit Überleitung des Polizeiwesens beauftragt.

### N u ß l a n d .

St. Petersburg, 4. Mai. Es ist allgemein bekannt, daß die russische Regierung bereits seit längerer Zeit die Notwendigkeit erkannt hat, ihr Zollsystem einer umfassenden Reform zu unterwerfen. Der geheime Rath Tengoborski, bekannt durch sein Werk über Österreichs Finanzen, wurde mit dieser wichtigen Aufgabe beauftragt, und ein von ihm ausgearbeiteter neuer Tarif ist bereits durch eine dazu ernannte Commission geprüft und angenommen worden. Ueber den Zeitpunkt,

wo derselbe in Wirklichkeit treten soll, ist jedoch noch keine Bestimmung erfolgt, und die jetzigen Zeitumstände könnten leicht einige Verzögerung in der Veröffentlichung derselben herbeiführen. Was den Geist und die Tendenz der Reform anlangt, so kann aus zuverlässiger Quelle darüber mitgetheilt werden, daß derselben ein viel gemäßigteres Schutzsystem als das jetzt vorhandene zum G. unde liegt. Fast alle Prohibitionen sollen aufgehoben und nur einige durch sehr hohe Zölle erweitert werden. Die Besteuerung der Waaren soll derart vereinfacht werden, daß die Zahl der Tarifposten auf weniger als die Hälfte vermindert wird. Die bestehenden Zölle sollen für alle Hauptartikel der russischen Industrie nur mäßig, für viele Manufacture aber bedeutend herabgesetzt werden. Momentlich wird der neue Tarif auf den Absatz vieler Produkte der deutschen Industrie, z. B. der Linnen, Tischięze, einiger Baumwollwaren, Schafwolleze und alles dessen, was man unter dem Artikel bonneterie versteht, sehr vortheilhaft wirken, und das um so mehr, als viele Artikel bei ihrer Einfuhr durch die trockene Grenze mit einem ermäßigte Zolle zugelassen werden sollen. Auch der kleine Grenzverkehr soll für sehr viele Artikel bedeutend erleichtert werden. (Leipz. 3.)

### F r a n k r e i c h .

\* Paris, 10. Mai. Seit gestern Abend 6½ Uhr besteht die Arbeiter-Kommission im Luxemburg nicht mehr. Louis Blanc hat, (siehe Verhandlungen der Nat.-Vers.) seine Stelle als Präsident derselben niedergelegt. Gestern Nachmittag waren die Nachbarn der Saint-Ambroisestrasse (Stadtviertel Popincourt am Faubourg St. Antoine) Zeugen einer schrecklichen Scene, wie sie sich bei der heutigen schlechten gesellschaftlichen Ordnung leider noch häufig wiederholen werden. In jener Straße mußte nämlich vor einigen Wochen eine Nationalivierkstatt für Frauen errichtet werden, um den zahlreichen Näherinnen ohne Arbeit Brod zu verschaffen, nie in jener Gegend wohnen. Gestern sahen die Arbeiterinnen (etwa 2000 an Zahl) wie gewöhnlich an ihrer Arbeit, als plötzlich ein Balken aus der Decke eines der Etagen der Arbeiterkstatt brennend und rauchend mit furchterlichem Geschwad herabstürzte. Man kann sich den Schrecken der unglücklichen Frauen leicht denken. Alle wollten sich retten und es entstand ein furchterliches Gedränge, in dem mehrere lebensgefährlich verletzt wurden. Der Präfekt Caussidière, hier von benachrichtigt, eilte an Ort und Stelle und sorgte für die nötige Hülfse. Bei näherer Betrachtung fand er, daß jener Balken, bei einem am 4. Mai neben dieser Quäschhandwerkstatt statigfundem Brand Feuer gesangen und heimlich gebrannt hatte bis er einstürzte. Die Gerüchte, daß bösnigliche Konkurrenten des Privathandels diese weibliche Nationalhandwerkstatt selbst in Brand gesteckt hätten, verdienst wohl wenig Glauben. Im Ganzen verloren, soviel bekannt, nicht zwanzig — sondern nur zwei der unglücklichen Arbeiterinnen ihr Leben. Was man hierüber sonst in den heutigen Blättern liest, sind reine Überreibungen.

\* Paris, 11. Mai. Wir haben also ein Direktorium, bestehend aus fünf Personen (Arago, Garnier-Pagès, Marie, Lamartine u. Ledru-Rollin) das die Staatsgeschäfte Frankreichs auf längere oder kürzere Zeit zu leiten. Wie wir hören, wird sich dasselbe heute sein Ministerium ernennen und später die Tuilerien beziehen. — Folgende beide Listen des neuen Ministeriums zirkulierten diesen Morgen I. 1) Bastide, Auswärtiges, Portalis oder Flocon Inneres, Cremieux, Justiz, Duclerc, Finanzen, Dubivier oder Cavaignac, Krieg, Bethmont Handel; Vineau, Staatsbauten. II. Jules Favre oder Recuit Inneres, Bastide Auswärtiges, Dubivier Krieg, Duclerc Finanzen, Flocon Marine, Pagnier Staatsbauten. Cremieux, Carnot und Bethmont würden ihre bisherigen Portefeuilles (Justiz, Unterricht und Handel, behalten. — Wird Frankreich in Italien und Polen interveniren? Diese Frage dürfte sehr bald definitiv entschieden werden. Wolowski hat sie in der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung angeregt und letztere hat, unter Zustimmung Lamartine's, nächsten Montag (15) für die diesfälligen Interpellationen festgesetzt. — Sämtliche in dem Departement Pyrenees Orientales sich aufhaltenden spanischen Flüchtlinge haben Befehl erhalten, nach Spanien zurückzukehren und von den Wohlthaten der Amnestie Gebrauch zu machen oder binnen 48 Stunden das Departement zu verlassen.

National-Versammlung. (Sitzung vom 9. Schluss.) Wenige Minuten nach 5 Uhr erfolgte die Abstimmung. Von 796 anwesenden Gliedern stimmten 385 für und 411 gegen den Antrag der Kommission, einen Ministrerrath aus zehn Gliedern bestehend, direkt zu ernennen. Die National-Versammlung schritt demnächst zur Diskussion der Regierungs-Kommission. Aus wie viel Gliedern soll sie bestehen? Soll man die Glieder der provisorischen Regierung beibehalten? Eine ganz neue Staatsgewalt wählen oder was sonst machen? Senat, der diese Fragen zuerst anregte, wünschte, die Versammlung solle sich in ihre Abtheilungs-Säle zurückziehen, um die Wahl en famille zu treffen. Es wäre unmöglich, gewisse Persönlichkeiten unberührt zu lassen,















# Vierte Beilage zu № 114 der Breslauer Zeitung.

Dienstag den 16. Mai 1848.

Die Revolution der gegenwärtigen Zeit in allen ihren Konsequenzen verfolgend, will ich die Grundzüge aufstellen, wie das Verhältniß der ländlichen Bewohner einander gegenüber, und zwar namentlich das der Rittergutsbesitzer zu den Insassen sich gestalten wird und gestalten muß.

Unverträglich mit der Richtung, welche alle Schichten der Landbewohner erfaßt hat, oder vielmehr von welcher sie gefaßt worden sind, erscheinen alle gegenwärtig noch zu Recht bestehenden Feudal-Verhältnisse, und aus diesem Verhältnisse hervorgehende mit dem Besitz verknüpften Rechte, so wie auf dem Besitz haftenden Lasten:

Hierher gehören:

- a) das Patronats-Recht;
- b) das Jurisdicitions-Recht;
- c) das Schankszwang-Recht;
- d) das Recht zur Ausübung der polizeilichen Gewalt;
- e) das Auen-Recht;
- f) das Jagd-Recht;
- g) das Recht der entscheidenden Stimme bei Ernennung der Scholzen &c.

Ferner können entweder gar nicht oder nur durch vertragsmäßiges Uebereinkommen fortbestehen:

- 1) Grundzinsen;
- 2) Mühlenzinsen;
- 3) Relutionszinsen;
- 4) Jurisdicitionszinsen;
- 5) Laudemialzinsen und Abgaben;
- 6) Naturalleistungen, als: Arbeit, Spinnerei, Hühner, Eier &c. &c.
- 7) Decem aller Art.

Es müssen gelöst werden:

Alle wechselseitigen Servituts-Rechte und Lasten.

Zu den einzelnen Momenten übergehend, und die zu ergreifenden Maßnahmen bezeichnend:

- a) Das Patronats-Recht.

Mit diesem Rechte soll aber doch die geistliche Pflege überhaupt nicht aufhören; es muß also dieses Recht in Zukunft entweder dem Staate oder der Gemeinde zustehen, oder bei den Katholiken der Kirche zufallen.

- b) Das Jurisdicitions-Recht, — die Patrimonial-Gerichtsbarkeit.

Mit Aufhebung dieses Rechtes, soll aber doch das Recht überhaupt nicht aufhören; es müssen also Kreis- oder Bezirks-Gerichte organisiert werden.

- c) Das Schankszwang-Recht bietet in seiner Lösung die mindesten Schwierigkeiten dar.

- d) Das Recht zur Ausübung der polizeilichen Gewalt.

Da aber die ländliche Polizei überhaupt doch nicht aufhören kann, so muß der Staat selbe übernehmen.

- e) Das Auen-Recht.

Da aber ohne Auen-Ordnung bald jede Kommunikation gehemmt, jede vor Feuersgefahr sichernde Maßnahme vernichtet, und der Streit der Dorfbewohner ein endloser sein würde, so muß ein die Auen betreffendes Gesetz erlassen werden, und irgend ein Anderer das Recht und die Pflicht übernehmen, darüber zu wachen, daß Dieses nicht verlegt werde.

- f) Das Jagd-Recht auf fremden Grundstücken:

Soll aber alle Jagd überhaupt nicht aufhören, sollen nicht die bedauerlichsten Exzesse entstehen, so muß eine Jagd-Ordnung erlassen werden.

- g) Das Recht zur Ernennung des Scholzen:

Da aber doch Scholzen und Gerichte sein müssen, so muß ein Anderer das Wahl- und Bestätigungs-Recht übernehmen.

In Betreff der Ablösung der Zinsen und sonstigen Leistungen, in welche Kategorie an einzelnen Orten einige oberhalb als Feudal-Rechte aufgestellten Momente gehören, so wird der Staat als Vermittler nöthig in den Fällen, wo sofortige Entschädigungsleistung dem Verpflichteten unmöglich ist.

Die bisherigen Entschädigungs-Gesetze werden in ihrer Wesentlichkeit auch für die gegenwärtigen Zeitverhältnisse passend erscheinen; wo sie es nicht sind, muß Maß und Art, und Modus der Entschädigung

durch ein Gesetz näher bezeichnet werden, dessen wesentliches Erforderniß die sofortige Ausführbarkeit derselben ist.

Was die Aufhebung aller wechselseitigen Servituts-Rechte und Lasten anbelangt, so kann deren so höchst nothwendige schleunige Lösung nur durch eine große Vermehrung des Personals der General-Kommission, durch Errichtung von Kreis- und Urbarial-Deputationen und durch eine gänzlich geänderte Organisation des Verfahrens erreicht werden.

Nicht in den Beamten der General-Kommission, sondern in der durchaus fehlerhaften Geschäfts-Organisation ist der Grund der endlosen Verschleppungen und des hieraus entstehenden Misstrauens der Insassen gegen die Grundherren zu suchen.

An diese totale Reorganisation knüpfen sich jedoch noch andere Folgerungen; ihre vollendete Durchführung vorausgesetzt:

So giebt es keine Rittergutsbesitzer, keine Bauern, keine Gärtner, keine Häusler mehr, es giebt nur freie, durch keine Organisation mit einander verbundene, Besitzer freien Eigenthums.

Der Unterschied zwischen Dominial- und Rustikal-Grundstücken hört auf; das Hypotheken-Wesen muß umgestaltet werden, für alle Grundstücke Ein und Dasselbe sein; es giebt dann ferner nur einen Steuerfuß, gleich vertheilt auf alle Personen, auf alle Ländereien; keine Bezeichnung nach Ständen mehr, nur nach Namen und Wohnort. In nächster Folge verschwindet auch der Unterschied zwischen Bürger und Bauer, zwischen städtischem und ländlichem Grundbesitz, — zwischen Stadt und Land.

Alle diese Aenderungen bieten in ihrer Ausführung weniger Schwierigkeiten dar, als es im ersten Augenblicke scheint, ob es aber der jetzt einberufenen Versammlung bei dem Orte des Augenblicks gelingen wird, eine befriedigende Lösung so schnell herbei zu führen, als dringend nöthig ist, ist eine andere Frage.

Dies ist der Grund, warum ich glaube, daß von den Besitzern größerer Ländereien Vorschläge und Anträge der neu konstituirten Versammlung und zwar in freisinnigster Richtung überreicht werden müssen, um dieser Versammlung ihre Arbeit zu erleichtern.

Um so mehr müssen die Berechtigten selbst solche Anträge machen, als sie in der einzuberufenden Versammlung nicht vertreten sind, und als sie den unbegründeten Vorwurf von sich weisen müssen, als seien sie entschieden reaktionair.

Jedoch nur, wenn ich der Uebereinstimmung wenigstens eines Theils der größeren Landbesitzer Schlesiens versichert wäre, würde ich mir erlauben, solche Petitionen einzureichen, die auch nur dann von Wirkung sein können, wenn sie eben von Mehreren, möglich von Allen, ausgehen.

Ich erlaube mir, alle Herren, welche von diesen Verhältnissen berührt werden, zu einer Besprechung über derartige Anträge einzuladen.

Der 30. Mai e. dürfte der Tag sein, wo die Schur beendet, der eigentliche Wollmarkt noch nicht begonnen hat, und wo wir zu diesem Zwecke in Breslau uns vereinigen könnten.

Meine Ansichten habe ich in einigen allgemeinen Grundzügen entwickelt. Für jede Zustimmung, Berichtigung oder Widerlegung bin ich gleich dankbar. Gegen jede Verdächtigung als Ultra-Revolutionair oder Reaktionair verwahre ich mich feierlichst.

Von beiden Extremen gleich entfernt, will ich blos mein Auge nicht verschließen vor Dem, was die Revolution gegeben, vor Dem, was sie uns genommen hat, vor Dem, was sie eingerissen hat, und nun wieder aufbauen soll. Wird Nichts aufgebaut, so bleibt eine Ruine.

## A. Renard.